



Die Treuhandanstalt: Ein Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin

- Seit dem Jahr 2017 untersucht das Institut für Zeitgeschichte München – Berlin in einem Forschungsprojekt die Geschichte der Treuhandanstalt. Ziel ist eine historisch differenzierende Betrachtung. Das BMF unterstützt das Forschungsprojekt finanziell.
- Die Treuhandanstalt wurde am 1. März 1990 in der ehemaligen DDR gegründet. Im Zuge der deutschen Einheit hatte „die Treuhand“ die Aufgabe, das ehemals volkseigene Vermögen der DDR nach den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu privatisieren, die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern oder, wenn dies nicht möglich war, Betriebe stillzulegen und zu verwerten.
- Zum 1. Januar 1995 wurde die Treuhandanstalt in „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“ (BvS) umbenannt. Die BvS befindet sich seit 2004 in Abwicklung und unterliegt der Rechts- und Fachaufsicht des BMF.
- Schwerpunkt des Forschungsprojekts ist die Aufarbeitung der Geschichte der Treuhandanstalt. Hierzu werden Akten der Treuhandanstalt, aber auch anderer Akteure (u. a. Bundesregierung, Landesregierungen) ausgewertet, die aufgrund archivrechtlicher Vorschriften bisher nicht öffentlich zugänglich waren.

Zur Geschichte der Treuhandanstalt von 1989/90 bis 1994

Die Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft begann nach 1989/90 in Ostdeutschland vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der DDR und der Herstellung der deutschen Einheit. Die Privatisierung der volkseigenen Betriebe veränderte nicht nur die Wirtschafts-, sondern auch die Eigentumsstruktur Deutschlands langfristig und ist beispiellos in der Geschichte moderner Industriegesellschaften. Dabei nahm die Treuhandanstalt eine zentrale Rolle ein, denn sie wurde ab dem 1. März 1990 Anteilseignerin der in Kapitalgesellschaften umgewandelten ehemaligen volkseigenen Betriebe und war damit verantwortlich für rund 4 Millionen Beschäftigte. Die Einführung der Deutschen Mark am 1. Juli 1990 setzte die Betriebe in der noch bestehenden DDR schlagartig den Weltmarktbedingungen aus. Die Betriebsumsätze auf

dem ostdeutschen Markt und auf den osteuropäischen Märkten brachen dramatisch ein, was wiederum dazu führte, dass die Betriebserlöse immer weniger kostendeckend waren. Aus dem Liquiditätsproblem entwickelte sich rasch ein Rentabilitätsproblem, das die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern unmittelbar nach der Einheit maßgeblich prägte.

Die Treuhandanstalt, die unter ihrem später ermordeten Präsidenten Dr. Detlev Karsten Rohwedder zu einer funktionsfähigen Institution ausgebaut wurde, bekam von der Politik rasch zusätzliche Aufgaben zugewiesen. Sie war keineswegs nur ein Instrument zur Privatisierung der ehemaligen volkseigenen Betriebe, sondern musste auch einen Beitrag zum notwendigen Strukturwandel der Wirtschaft in den neuen Bundesländern leisten. Diese war durch die Einbindung der ehemaligen DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe



Dr. Detlev K. Rohwedder, Präsident der Treuhandanstalt von 1990 bis zu seiner Ermordung 1991
© Bundesarchiv

über 40 Jahre von den Weltmärkten weitgehend abgeschirmt gewesen. Der nach dem Ende der DDR einsetzende und durch die Öffnung zu den Weltmärkten bedingte ökonomische Strukturwandel vollzog sich in nur wenigen Jahren. Weitere, ursprünglich nicht vorgesehene Aufgaben der Treuhandanstalt betrafen u. a. den Umgang mit den Altschulden der DDR-Betriebe, die zu Zeiten der Planwirtschaft keine Rolle gespielt hatten, mit der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 aber voll

zu Buche schlugen und den erwarteten Verkaufswert der Betriebe erheblich minderten. Des Weiteren musste sich die Treuhandanstalt auch um die Sanierung von kontaminiertem Betriebsgelände kümmern. Für diese Werksteile, die kein Käufer übernehmen wollte, mussten Lösungen zu deren Sanierung gefunden werden. Schließlich war die Behörde zusammen mit den Tarifparteien an der Ausarbeitung von Sozialplänen für die zu schließenden Betriebe beteiligt.



Birgit Breuel, Präsidentin der Treuhandanstalt von 1991 bis 1994
© Bundesarchiv

Angesichts dieses umfangreichen Aufgabenspektrums wurde die Treuhandanstalt zum Sinnbild für die einschneidenden wirtschaftlichen und sozialökonomischen Veränderungen in den neuen Bundesländern. In der öffentlichen Wahrnehmung wandelte sich das Bild schon 1990/91 und die Treuhandanstalt wurde mit negativen Schlagworten belegt.

Nach weitgehender Beendigung der Privatisierung wurde die Treuhandanstalt zur Erledigung der Restaufgaben neu organisiert und zum 1. Januar 1995 in

„Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“ (BvS) umbenannt. Seit dem Jahr 2001 ist die BvS nur noch Rechts- und Vermögensträgerin und besitzt kein eigenes Personal mehr. Sie befindet sich seit dem 1. Januar 2004 in Abwicklung und unterliegt der Rechts- und Fachaufsicht des BMF.

Bis heute dient die Treuhandanstalt als Projektionsfläche für enttäuschte Hoffnungen, aber auch für ganz unterschiedliche politische Interessen. Notwendig ist eine historisch differenzierende Betrachtung.



Berlin, Treuhandanstalt, 1991
© Bundesarchiv

Das Projekt „Treuhandanstalt“ beim Institut für Zeit- geschichte München – Berlin

Aus diesem Grund untersucht das Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ) die Geschichte der Treuhandanstalt. Das Institut ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die die gesamte deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart in ihren europäischen und globalen Bezügen erforscht. Das IfZ gehört der Leibniz-Gemeinschaft an und wird institutionell vom Bund und den Ländern gefördert. Das Forschungsprojekt des Instituts kann einen wichtigen Beitrag dafür leisten, um die Arbeit der Treuhandanstalt historisch einzuordnen und zu verorten, aber auch mit Mythen und Legenden durch wissenschaftliche Erkenntnisse aufzuräumen. Die kürzlich erfolgte und weiterhin laufende Aktenöffnung schuf für die historische Analyse der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft

eine ganz neue Basis. Nun können z. B. Entscheidungsprozesse – nicht nur bei der Treuhandanstalt – besser nachgezeichnet werden.

Für das Forschungsprojekt

arbeiten derzeit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und haben bisher 1.880 Akten aus dem Aktenbestand „Treuhandanstalt – B 412“ im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde eingesehen. (Stand: 13. März 2020). Insgesamt wurde bisher in 40 weiteren staatlichen und privaten Archiven in fünf Ländern (Deutschland, Tschechien, Vereinigtes Königreich, Österreich, Schweiz) gearbeitet und recherchiert. Zur Qualitätssicherung und Unterstützung hat das Forschungsprojekt einen wissenschaftlichen Beirat, der interdisziplinär und international mit renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzt ist.

Das Forschungsprojekt selbst ist in verschiedene Themenfelder gegliedert, innerhalb derer zahlreiche Fragestellungen in Einzelstudien aufgearbeitet werden.

■ Forschungsfragen

- Institutioneller und personeller Aufbau der Behörde: Wie sah die Struktur der Treuhandanstalt aus und wie veränderte sie sich im Laufe der Zeit? Woher kamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Diente die Treuhandanstalt jungen Juristinnen und Juristen sowie Volks- und Betriebswirtinnen und -wirten als Sprungbrett für die individuelle Berufskarriere?
- Handlungsspielräume und Zwangslagen der Treuhandanstalt bei der Privatisierung der volkseigenen Betriebe und Güter: Welchen Einfluss nahmen die Bundesregierung und die Landesregierungen in Ostdeutschland auf den Privatisierungsprozess? Welche Rolle spielten die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände?
- Tätigkeit der Treuhandanstalt: Nach welchen Vorgaben erfolgte die Privatisierung? Gab es eine einheitliche Verkaufsstrategie und wie fielen die Entscheidungen am Ende der Verkaufsverhandlungen? Wie veränderten sich die Verkaufskriterien im Laufe der Zeit?
- Thematisierung der langfristigen Folgen der Privatisierung: Hatte die rasch steigende Arbeitslosigkeit Auswirkungen auf die Privatisierungspolitik? Wie wandelte sich die Arbeitsmarktpolitik? Inwieweit änderten sich dadurch die wirtschaftspolitischen Leitbilder?
- Einnahme einer vergleichenden, das heißt vor allem ostmitteleuropäischen Perspektive, um Besonderheiten und Spezifika der wirtschaftlichen Transformation Ostdeutschlands besser herausarbeiten zu können.

Themen der Einzelstudien:

- Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben. Die Treuhandanstalt zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischen Zwängen 1989–1994
- Communists into Capitalists: Die Genese des ostdeutschen Unternehmertums nach der Wiedervereinigung
- Die Strategien der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben zur Privatisierung der chemischen Industrie und Mineralölindustrie 1990–2000
- Die Transformation der ostdeutschen Werftindustrie im Spannungsfeld von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
- Akteursstrukturen und Privatisierungspraxis in der Transformation: Die Arbeit der Treuhandanstalt im Land Brandenburg 1990–1994
- Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und die Rolle der Treuhandanstalt 1988–1998

- Zwischen Konfrontation und Kooperation: Die Treuhandanstalt, die Gewerkschaften und die Transformation Ostdeutschlands 1990–1994
- Die Treuhandanstalt und das Engagement ausländischer Investoren nach (und vor) 1989
- Privatisierung in der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik in den 1990er Jahren

Sich aus den Forschungen zu den Einzelstudien ergebende, übergreifende Aspekte sollen im Rahmen eines Referenzbands zusätzlich beleuchtet werden.

■ Erste Zwischenergebnisse des IfZ

Nach inzwischen drei Forschungsjahren hat das IfZ bereits umfangreiche Erkenntnisse gewonnen und diese im Rahmen mehrerer Vorträge, Diskussionsrunden, Publikationen in Zeitungen usw. veröffentlicht. Im Kern lassen sich – so das IfZ – bereits jetzt folgende allgemeine Erkenntnisse benennen:

Die noch laufenden Forschungsarbeiten können aus Sicht des IfZ erstens belegen, dass zahlreiche Akteure an der Privatisierung der Betriebe in den neuen Bundesländern in unterschiedlichem Maße beteiligt waren. Die Treuhandanstalt war zudem ein Fremdkörper im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik: Die Politik hatte ihr Aufgaben übertragen, mit denen sie Kompetenzen der Länder berührte. Daher waren Konflikte mit den Landesregierungen in den neuen Bundesländern beim strukturellen und personellen Auf- und Ausbau der Anstalt vorprogrammiert. Da die Treuhandanstalt an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft eine Sonderrolle einnahm, vertrat sie gegenüber der Bundesregierung durchaus auch eigene Positionen.

Das Forschungsprojekt unterstreicht zweitens, dass weder auf ostdeutscher noch auf westdeutscher Seite ein Masterplan zur Transformation der

Wirtschaft in den neuen Bundesländern vorhanden war. Auf westdeutscher Seite stand Anfang 1990 zunächst nur eine Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten im Vordergrund der Überlegungen. Erst kurz vor der Verabschiedung des Vertrags über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion rückte die Frage nach der Zukunft des volkseigenen Vermögens in der DDR in den Mittelpunkt. Das Projekt betont, dass die Privatisierung der Betriebe dabei nicht alternativlos war.

Die Forschungsarbeiten zeigen drittens, dass die Privatisierung bei den einzelnen Betrieben höchst unterschiedlich verlief, sie hing von mehreren Faktoren ab und erstreckte sich im Einzelfall über mehrere Jahre. Die Treuhandanstalt nahm oftmals die Rolle einer Vermittlungsinstanz ein, auf deren Entscheidungen Unternehmen und potenzielle Käufer Einfluss zu nehmen suchten.

Das Forschungsprojekt betont viertens die weitreichenden sozialen und mentalen Folgen des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern. Die Transformation der Wirtschaft führte nicht nur zu Massenarbeitslosigkeit, sondern brachte auch ein Stadt-Land-Gefälle zum Vorschein: Anfang 1991 setzte sich in der Öffentlichkeit immer mehr der Eindruck von abgehängten Regionen in den neuen Bundesländern durch. Auf die sozioökonomischen Veränderungen reagierten die dortigen Landesregierungen mit ganz unterschiedlichen Kommunikationsstrategien.

Wie funktioniert eigentlich Forschungsarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie?

Ein Interview mit Prof. Dr. Dierk Hoffmann

Prof. Dr. Dierk Hoffmann ist stellvertretender Leiter der Abteilung Berlin-Lichterfelde beim IfZ und leitet u. a. das Forschungsprojekt „Treuhandanstalt“. Er hat dem BMF in einem Interview am 12. Mai 2020 Einblicke gegeben, wie die Forschung zu Corona-Zeiten aussieht.



Prof. Dr. Dierk Hoffmann – Leiter Forschungsprojekt „Treuhandanstalt“ beim IfZ
© IfZ

Was sind normalerweise die typischen Tätigkeiten in der Forschungsarbeit?

Zum einen besteht die Forschungsarbeit natürlich aus Recherchetätigkeiten in Bibliotheken sowie staatlichen und privaten Archiven. Ein weiterer Bereich ist dann die Arbeit im Büro. Dort werden Rechercheerkenntnisse sortiert, ausgewertet und verschriftlicht, damit am Ende eine Monografie und/oder ein Ergebnisband entsteht. Zur Tätigkeit eines Wissenschaftlers gehören aber auch politische Bildungsarbeit, Lehre an Universitäten, Vorträge bei Veranstaltungen, Interviews z. B. für Rundfunkanstalten sowie der Austausch mit anderen Forschern bei Tagungen und Workshops.

Wie hat sich die Forschungsarbeit seit Beginn der Einschränkungen im Rahmen der Corona-Krise verändert?

Durch die Schließung von Bibliotheken und Archiven war ein großer Teil der Recherchearbeit nicht mehr möglich. Auch die Absage von Tagungen, Workshops und Veranstaltungen führte zu Einschränkungen in der Forschungsarbeit.

Alle sprechen aktuell von Homeoffice, war das mit dem Wegfall der genannten Tätigkeiten beim IfZ und besonders im Projekt Treuhandanstalt überhaupt möglich?

Ja, gerade in dem Projekt waren fast alle Forscherinnen und Forscher im Homeoffice. Wir haben genug zu tun mit der Auswertung und der Verschriftlichung unserer bisherigen Ergebnisse. Unabhängig davon gab es natürlich auch Tätigkeiten – wie z. B. Verwaltungsaufgaben –, für die auch Mitarbeitende vor Ort im Büro benötigt wurden.



Im Hinblick auf die bisherigen Lockerungen: Ist schon absehbar, wann Sie in den „normalen Forschungsalltag“ zurückkehren können?

Das ist derzeit noch nicht absehbar. Das Bundesarchiv wird zwar am 18. Mai 2020 nach zweimonatiger Schließungszeit wieder öffnen und auch die Bibliotheken und Universitäten öffnen langsam wieder ihre Türen, von einem normalen Forschungsalltag kann aber noch lange nicht die Rede sein. Veranstaltungen, Tagungen und Workshops sind bis auf Weiteres abgesagt. Ab Juli ist ein neues Vortragsformat geplant, welches im Livestream über die Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur verfolgt werden kann. Das ist auch für uns neu und wir sind sehr gespannt, wie das klappt. Dennoch fehlen uns auch da weiterhin die wichtigen Diskussionen und die Kontakte mit anderen Forscherinnen und Forschern.

Eine Frage noch zum Schluss: Sie sind bereits viele Jahre in der Forschung tätig, haben Sie derartige Einschränkungen, wie die aktuellen, schon einmal erlebt?

Nein, derartige Einschnitte sind auch in der Wissenschaft einmalig.

Ausblick

Das Forschungsprojekt wird noch bis einschließlich 2021 durch das BMF finanziell unterstützt. Die fertigen Studien werden voraussichtlich sukzessive publiziert werden, aber auch im Rahmen von unterschiedlichen Veranstaltungsformaten sind weitere Einblicke in die Ergebnisse der Forschungen

zu erwarten. Das BMF ist hierauf bereits jetzt gespannt: auf die Ergebnisse des IfZ selbst als maßgeblicher Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Treuhandanstalt, aber auch auf anschließende Diskussionen hierzu. Die Treuhandanstalt bleibt auch im Jahre 30 nach der Gründung eine viel diskutierte Behörde, aber eben auch eine zunehmend differenziert erforschte.